



#dieschmidt

der newsletter

07.06.2019

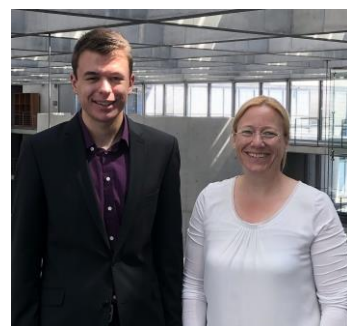
Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es sind turbulente Zeiten, in denen wir leben. Andrea Nahles hat in dieser Woche ihre Ämter als Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und als Parteivorsitzende der SPD niedergelegt. Klar ist: Das Ergebnis der Europawahl war für uns alle enttäuschend. Klar ist aber auch, dass die Art und Weise, wie wir in der letzten Woche miteinander umgegangen sind, nichts mit Solidarität zu tun hatte. Wir müssen jetzt alle gemeinsam zeigen, dass wir auch in schweren Zeiten zusammen stehen. Gemeinsam mit den kommissarischen Parteivorsitzenden Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel werden wir bis zur Parteivorstandssitzung am 24. Juni alle weiteren Schritte beraten. Alle SPD-Mitglieder haben gestern eine E-Mail mit einer Aufforderung zur Teilnahme an einer Umfrage erhalten. Ich lade Alle herzlich dazu ein mit uns zu diskutieren und über die weiteren Schritte zu beraten.

Dennoch haben wir in dieser Woche vieles erreicht. Besonders freue ich mich, dass Dr. Rolf Mützenich, den ich vor 2 Wochen noch zu unserer „Fraktion vor Ort“ in Herborn begrüßen konnte ([hier geht es zur PM](#)) kommissarisch die Geschäfte des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion übernimmt. Neben einem großen Gesetzespaket zur Einwanderungspolitik haben wir die Situation der Berufsausbildung weiter verbessert und sorgen dafür, dass die Schwarzarbeit wirksam bekämpft und eingedämmt wird. **Wir setzen weiterhin unsere erfolgreiche Arbeit fort und sorgen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft.** In zwei Reden habe ich in dieser Woche die Standpunkte der SPD deutlich gemacht. Zum einen habe ich als Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe an das schreckliche Massaker am Tiananmen-Platz vor 30 Jahren erinnert ([hier geht es zur Rede](#)). Zum anderen habe ich über unser Sozialstaatskonzept geredet ([hier geht es zur Rede](#)). **Für uns ist klar: Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die grundlegende Reform des Sozialstaats einleiten.**



Ich freue mich immer besonders über Besuch aus meinem Wahlkreis in Berlin. Am vergangenen Mittwoch besuchte mich eine zehnte Klasse der Freiherr-vom-Stein Schule in Wetzlar. Vielen Dank für die interessante Diskussion. Anton Stahl aus Schöffengrund schlüpfte vom 01. bis zum 04. Juni in die Rolle eines Abgeordneten und simulierte mit vielen weiteren Jugendlichen aus ganz Deutschland eine echte Plenardebatte inklusive Fraktions- und Ausschusssitzungen im Rahmen des Projektes Jugend und Parlament.



Am kommenden Mittwoch, den 12. Juni findet für alle unter 25 Jahren die nächste Veranstaltung Pizza & Politik statt. Um 18 Uhr lade ich alle Interessierten herzlich ins August-Bebel-Haus (Bergstraße 60 35578 Wetzlar) ein. Damit die Pizza reicht, bitte ich um kurze Anmeldung per E-Mail (dagmar.schmidt@bundestag.de) oder per Telefon (06441 209 25 25).

Zum Abschluss möchte ich ganz herzlich Markus Deusing zum Gewinn der Bürgermeisterwahl in Mittenaar gratulieren. Stichwahlen finden in Herborn (16. Juni) und in Aßlar (23. Juni) statt. Jörg Krings will seine langjährige Kompetenz und Erfahrung einbringen, um die Stadt Herborn weiter nach vorne zu entwickeln. Markus Keiner steht für ein neues Miteinander und möchte neue Bewegung in die Stadt Aßlar bringen.

Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger erneut zur Wahl zu gehen, um den SPD-Kandidaten Markus Keiner in Aßlar und den SPD-unterstützten Kandidaten Jörg Krings zu wählen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Schwarzarbeit Bekämpfen!

Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt



Durch illegale Beschäftigungen oder Sozialleistungsbetrug wurde alleine in den letzten beiden Jahren ein Schaden in Höhe von 1,8 Milliarden Euro vom Zoll aufgedeckt. Dies schadet uns allen. Hinterzogene Steuern führen dazu, dass der Staat weniger in Schulen, Kitas oder andere öffentliche Aufgaben investieren kann. Wir stärken durch das neue Gesetz die personelle Ausstattung und die Einsatzmöglichkeiten des Zolls. Schwarzarbeit schadet nicht nur dem Staat. Es schadet den ehrlich arbeitenden Menschen in unserem Land. Es schadet den ehrlichen Unternehmen, weil sie unfairer Konkurrenz ausgesetzt sind. Und es schadet den Beschäftigten selbst, da sie keinen Mindestlohn und keinen Arbeitsschutz bekommen. Wir stärken durch die Bekämpfung der Schwarzarbeit vor allem den Zusammenhalt in unserem Land.

30 Jahre Deutsche Einheit

Wir erinnern an die friedliche Revolution



In diesem Jahr jähren sich der Mauerfall und die friedliche Revolution in der DDR zum 30. Mal. Für viele junge Menschen ist es unvorstellbar, dass Deutschland einmal ein geteiltes Land war. Am 9. Oktober 1989 haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR das Tor zur Deutschen Einheit weit aufgestoßen und mit ihrem friedlichen Protest und vor allem ihrem Mut den Grundstein für die Beendigung der SED-Diktatur gelegt. Im Bundestag haben wir in dieser Woche beschlossen, dass wir im November dieses Jahres in einer Feierstunde an den Mauerfall und die friedlichen Proteste erinnern wollen. Darüber hinaus sorgen wir dafür, dass dieser wichtige Teil deutscher Geschichte immer ein Bestandteil unserer Erinnerungs- und politischen Bildungsarbeit ist und durch Förderung langfristig gesichert wird.

Auszubildende unterstützen!

Berufsausbildungsbeihilfe erhöhen



Für Auszubildende ist es häufig schwierig genug Geld zu verdienen, um den eigenen Lebensunterhalt finanzieren zu können. Hohe Mietpreise, vor allem in den Ballungsregionen sind beispielsweise ein Grund dafür. Das hindert nicht nur den beruflichen Erfolg, sondern auch die Persönlichkeit und Selbstständigkeit der Auszubildenden. Im letzten Jahr haben 5714 Auszubildende in Hessen die Berufsausbildungsbeihilfe beantragt. Durch die Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes machen wir einen weiteren Schritt nach vorne, um die betriebliche und außerbetriebliche Berufsausbildung zu stärken. Durch das beschlossene Gesetz erhöhen wir die Bedarfssätze – also die Unterstützung zum Lebensunterhalt oder zur eigenen Wohnung - und die Freibeträge für das anzurechnende Einkommen. Die Höhe des Ausbildungsgeldes wird an die BAföG-Bedarfssätze angeglichen werden. Wir entlasten die Auszubildenden und sorgen dafür, dass der Ausbildungserfolg nicht vom Geld abhängt. Wir stärken die Ausbildung generell und machen sie für alle Menschen attraktiver.

Gesetzespaket Migration und Integration

Weichenstellung für eine moderne Einwanderungspolitik



Diese Woche hat der Deutsche Bundestag einem Gesetzespaket zum Thema Migration und Integration aus sieben verschiedenen Gesetzen zugestimmt. Hierbei handelt es sich um eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes, der Entfristung des Integrationsgesetzes, eine Verbesserung des Datenaustauschgesetzes sowie ein Ausländerbeschäftigungsfördergesetz, ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, ein Gesetz über die Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung und ein Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht. Viele Punkte, gerade aus dem letztgenannten Gesetz, auch Geordnete-Rückkehr-Gesetz genannt, sorgen für Unmut bei vielen Bürgerinnen und Bürgern. Im Gegensatz zu den Gesetzen im Bereich Migration und Integration zwischen 2015 und 2017, war dieses Paket kein Schnellschuss, sondern ein Teil des Koalitionsvertrages. Schon damals waren dort Inhalte festgeschrieben, die keine sozialdemokratische Handschrift tragen. (...weiterlesen)

ARBEIT. SOLIDARITÄT. MENSCHLICHKEIT

Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen stellen. Unsere Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den kommenden Wochen werde ich hier einzelne Aspekte des Konzeptes näher beleuchten.



HEUTE IM FOKUS: Sinnwidrige Sanktionen abschaffen!

Der Sozialstaat muss als verlässlicher Partner für alle Menschen da sein. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf einen fairen Umgang und auf eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Natürlich brauchen wir Mitwirkungspflichten. Für uns steht aber der Grundgedanke, dass die Menschen den Sozialstaat brauchen und nicht missbrauchen an erster Stelle. Für uns sind gezielte Hilfen und Ermutigung in den jeweiligen Lebenssituationen wichtiger als Sanktionen. Daher werden wir sinnwidrige und unwürdige Sanktionen abschaffen. Vor allem bei jungen Menschen sind Sanktionen offenkundig falsch und bewirken oftmals das Gegenteil. Die grundsätzliche Mitwirkungspflicht bleibt, denn Rechte und Pflichten sind in einer Solidargemeinschaft zwei Seiten einer Medaille. Sanktioniert werden darf nur, was gleichberechtigt miteinander vereinbart wurde. Eingliederungsvereinbarungen müssen sich an den Wünschen und Möglichkeiten der Arbeitslosen orientieren und gegenseitige Rechte und Pflichten beschreiben. Nur was dort gemeinsam vereinbart wurde, kann auch Gegenstand einer Sanktion sein. Sanktionen dürfen aber nie zu einer Wohnungslosigkeit führen, egal ob es junge oder ältere Menschen betrifft.